ALHAMBRA

ZEITUNG + PROGRAMM

DEZEMBER 2006

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich - oft mit Streß und Nerverei verbunden - tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, AKKU, ALSO-Plenum, Alternative Liste der C.v.O.-Uni, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Arbeitskreis Asyl, ASTA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Donna 45, Filmriß, Gruppe Links der C.v.O.-Uni, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Ini für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, Kampagne Mumia Abu Jamal Oldenburg, Lateinamerika-Gruppe, NaUnd e.V., Oldenburger Linke Liste (OLLI), Oldenburger Rechtshilfe, PDS - Linke Liste OL, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Wagenburg Blöder Butterpilz, zweiundvierzig, SchülerInnenbündnis Swimmy

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: K. Fischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

INHALT

Veranstaltungen 03
Die Rückkehr der Lumpen 05
Der Weg in den Holocaust 07
Die Spannung steigt in Mexico... 08
Was wir schon immer wußten A.C.A.B. 10

Neoliberale Wirklichkeit und Visionen einer gerecht(er)en Welt

Redirecting our dreams

Linkes Forum Oldenburg
Kontaktadresse: GrntKoch@aol.com

Seit einigen Jahren erscheint die Weltordnung alternativlos: Neoliberalismus, Abbau sozialer Rechte, weltweite Arbeitsteilung in Verlierer und Gewinner, militäri-sche Intervention als Handelspolitik sind grundlegende Kennzeichen der alltäglichen Erfahrung geworden. Jährlich bestätigt wird diese Ordnung durch das Treffender mächtigsten Personen der Welt im Rahmen des G8 Gipfels. 2007 wird diesesTreffen in Deutschland stattfinden.

Im Inneren wissen wir zwar, dass diese Weltordnung nicht alternativlos ist, dochscheint sich der Einsatz gegen sie nicht zu lohnen, angesichts der umfassenden Ohnmacht und der Vielzahl gescheiterter Gegenversuche. Aber wir wissen auch: sowie es ist und sich entwickelt, darf es nicht bleiben. Eine neue Zielbestimmung linker Politik ist ebenso notwendig, wie der gemeinsame Wille, sie in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um- und durchzusetzen.

Das Linke Forum möchte einen Schritt dazu beitragen. 2006/2007 organisieren wireine Folge von Veranstaltungen zur politischen Selbstvergewisserung aber auch zur Vorbereitung der Veranstaltungen und Aktionen gegen die politischen Vertreterdieser Weltordnung. Im Mittelpunkt steht dabei die herrschende ökonomischeTheorie und die Suche nach Alternativen.

15.10.2006 Neoliberalismus (Attac, Oldenburg)

11.00 Uhr in der ALSO, Kaiserstr. 19

17.12.2006 Keynesianismus (Gerhard Kraiker, CvO-Uni Oldenburg)

11.00 Uhr in der ALSO, Kaiserstr. 19

14.01.2007 Ende des Kapitalismus und Struktur solidarischer Ökonomie (Elmar Altvater, FU Berlin) 11 Uhr im Alhambra, Hermannnstr. 83

Das **„Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen“** kündigt **Elmar Altvater**, emeritierter Berliner Politikprofessor, in seinem jüngsten Buch an, und er macht das fest an der Endlichkeit der fossilen Energieträger, insbesondere Erdöl und Kernkraft. Sie seien für die kapitalistische Wirtschaftspolitik unverzichtbar und nicht durch andere, z.B. regenerative Energien, zu ersetzen. Kritiker werfen ihm vor, er überschätze die Energieform in seiner Bedeutung für den Kapitalismus. Freerk Huisken, mit dem zusammen er in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts noch die „Politische Ökonomie des Ausbildungssektors“ auf über 500 Seiten als quasi Pflichtlektüre für linke Lehrer zu Papier brachte, lässt in der Zeitschrift „Sozialismus“ kein gutes Haar an Altvaters Buch. Er wirft Altvater vor, dass er zwischen böser (fossiler) Energie und moralischer (regenerativer) Energie, die schon innerhalb des Kapitalismus Perspektiven für eine „solidarische Solargesellschaft“ aufzeige, die im Vorwort angekündigte „radikale Kapitalismuskritik“ vergesse. Er empfehle sich mit seinem Buch lediglich als Politikberater für bürgerliche PolitikerInnen. Ausgemacht harte Kritik gegen ein Buch, das anhand vieler Fakten versucht, die politischen Konsequenzen der zu Ende gehenden fossilen Energieträger aufzuzeigen.
Auf jeden Fall eine interessante Veranstaltung, wenn Elmar Altvater im Rahmen der Kampagne „Redirecting our dreams“ und mit Unterstützung von „hart backbord“ am **14. Januar** um 11 Uhr im Alhambra seine Position darlegt und zu Diskussion stellt

tonfilm-livespiel

videoshow konzert

sechs bands vertonen
sechs filme:

polis
parolen rufen
freddy and the beatboys
sabotage au supermarche
salamandroids
beelzebub airlines

plus special show:
cholera (spain)

wegen dem außertgewöhnlichem programm:
beginn wirklich und pünktlich um 21:30

sa. 23.12.06 Alhambra

crush hour concerts

Im Februar/März 2006 sind 3.000 wahlberechtigte Deutsche über 18 Jahren von der TNS Infratest Sozialforschung Berlin zu den gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre befragt worden. Auftraggeber war die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), die sich Aufschlüsse über die zukünftigen Wahlchancen der SPD erhofft hatte. Ende des Jahres sollte diese Befragung als Studie veröffentlicht werden, doch Anfang Oktober kam alles anders als geplant.

Es war SPD-Chef Kurt Beck, der in einem Interview das erste Mal von einem „Unterschichten-Problem" gesprochen hatte. Dieses bestehe darin, dass es am „unteren Ende der Gesellschaft" keinen Aufstiegswillen gebe. Die Unterschichten richteten sich in der sozialen Hängematte ein und verabscheuten einen „positiven Leistungsbegriff". Inhaltlich ist an der Beck'schen Klage wenig Neues. Der Abschied von der Verteilungsgerechtigkeit hin zur Leistungsgerechtigkeit mit ihren „produktiven Ungleichheiten" wird in der SPD seit mittlerweile sechs Jahren eingeläutet. (ak 476) Und Beck selbst ist in dieser Hinsicht nicht das erste Mal auffällig geworden. Wenige Monate zuvor hatte er ALG-II-BezieherInnen noch öffentlich für ihre angebliche Mitnahmementalität kritisiert und lautstark aufgefordert, sich mehr in Bescheidenheit zu üben. Man müsse nicht alles beantragen, was eineR zustehe. Was also ist an dem jüngsten Lamento so besonders, dass es die Unterschicht - zumindest für einige Zeit - in die Schlagzeilen der bürgerlichen Presse schafft?

Zunächst einmal ist es der Begriff selbst. „Unterschicht" klingt irgendwie anrüchig, nach oben und unten, nach Klassengesellschaft, nach Polarisierung. Sowohl Angela Merkel als auch ihr Vize Franz Müntefering haben denn auch eilfertig die Stirne in Falten gelegt und davor gewarnt, gesellschaftliche Spaltungen herbeizureden - als gebe es diese nicht bereits seit langem: Natürlich gibt es eine tiefe soziale Spaltung der Gesellschaft. Natürlich gibt es massive materielle Armut. Natürlich sind die Zugänge zu gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten in aller Regel an die Größe des Portemonnaies gekoppelt und entsprechend ungleich verteilt. Und natürlich werden durch die verschiedenen Spielarten der Aktivierungspolitik Menschen drangsaliert, fertig gemacht, ausgegrenzt.

Die neue Furcht vor den „gefährlichen Klassen"

Zum zweiten hatte sich Beck eben auf die eingangs erwähnte Studie der FES bezogen. Die hatte sich - wie lückenhaft und methodisch zweifelhaft auch immer - damit beschäftigt, was die Menschen eigentlich von dieser Gesellschaft und der Politik halten. Und die Ergebnisse sind für die politische Klasse in manchen Teilen in der Tat erschreckend: 15 Prozent fühlen sich generell verunsichert. 44 Prozent fühlen sich vom Staat allein gelassen, 46 Prozent empfinden ihr Leben als ständigen Kampf, und 63 Prozent machen die gesellschaftlichen Veränderungen Angst. Über die Hälfte macht sich auf Grund finanzieller Einschränkungen Sorgen um die Zukunft. 61 Prozent sind der Meinung, es gebe keine gesellschaftliche Mitte mehr, sondern nur noch oben und unten. 39 Prozent befürchten, im Alter auf Sozialhilfe angewiesen zu sein, und 14 Prozent sehen sich ins gesellschaftliche Abseits geschoben.

In Bezug auf die politischen Orientierungen nimmt die Parteienbindung kontinuierlich ab, von 85 Prozent im Jahr 1976 auf 53 Prozent im Jahr 2006. JedeR Fünfte hat eine große Distanz zu allen Parteien. 56 Prozent meinen, „egal welche Partei man wählt, ändern tut sich doch nichts." 68 Prozent sind der Auffassung, „Politiker kümmern sich zu wenig um die Sorgen der Bürger." Dabei interessieren sich durchaus 51 Prozent für Politik. Bei der politischen Typisierung identifiziert die FES ein „abgehängtes Prekariat" von acht Prozent der Bevölkerung, das von Abstiegs- und Ausschlusserfahrungen geprägt und in höchstem Maße mit der Großen Koalition unzufrieden sei. Hier sind NichtwählerInnen genauso überproportional vertreten wie WählerInnen der Linkspartei und rechtsextremer Parteien.

Das Erstaunliche und Brisante an der FES-Studie ist also, dass sie eben keine Armutsstudie im Sinne eines Armuts- oder Lebenslagenberichts ist, sondern dass sie, wie verquer auch immer, versucht hat, Armut bzw. Teile des Proletariats und der Unterklassen als (politische) Subjekte wahrzunehmen, mit dem Resultat, dass sich die autoritär-neoliberalen Integrationsversprechen über Aktivierung und „Fordern und Fördern" in Schall und Rauch aufgelöst haben. Die materielle soziale Zerklüftung der Gesellschaft findet ihren Ausdruck im Bewusstsein der Betroffenen, ein Umstand, der die politische Klasse offensichtlich verstört.

In der momentanen Unterschichtsdiskussion erleben wir eine ganz neue Variante der Debatte um Integration und Parallelgesellschaft, wie sie PolitikerInnen, Medien und SozialwissenschaftlerInnen bisher eher in Bezug auf MigrantInnen gepflegt haben. Genau wie in jenem Diskurs auch werden dabei vor allem soziale Verhältnisse und materielle Ungleichhei

ten, Diskriminierung, Stigmatisierung, Unterdrückung und Ausbeutung kulturalisiert.

Bildungsfern und disziplinlos - die neuen Armen

„Sie gelten als Totalverweigerer", so der Berliner Tagesspiegel (6.11.06) über Jugendliche, die sich nicht in die Hartz IV und Ein-Euro-Mühle pressen lassen wollen. Alarmierend seien die Zahlen, 10 bis 15 Prozent, teilweise gar 20 Prozent der Jugendlichen lehnen die amtlichen Jobangebote ab. Von 284 Jugendlichen, die zur Teilnahme an einem Qualifizierungsprogramm aufgefordert worden waren, sind 160 nicht erschienen. „Diese Jugendlichen wollen sich in keiner Weise unterordnen", so ein Neuköllner Jugendamtsleiter. Es gebe eben diese Jugendlichen, die nicht gerne aufstehen. „An die heranzukommen, ist sehr schwierig." Dabei ist das, was hier beunruhigt-empört als Verweigerung wahrgenommen wird, letztlich nur Ausdruck eines ausgeprägten Realitätssinns: Die Jugendlichen glauben den Versprechungen von Chancen und Integration durch Hartz IV einfach nicht, und das völlig zu recht. Dass sie sinn- und perspektivlosen Zwangsmaßnahmen fernbleiben, zeigt, dass sie klüger sind, als die bürgerliche Aufregung wahrhaben will.

In den 1980er und 1990er Jahren war in der angloamerikanischen sozialwissenschaftlichen Diskussion der Begriff der „(urban) underclass" schwer in Mode als Beschreibung eines städtischen Subproletariats, das sich in den Transferzahlungen des Wohlfahrtsstaates eingerichtet habe und in dem Armut über Generationen hinweg vererbt würde. Diesen Menschen fehle es nicht an Geld, sondern an Motivation und Eigenverantwortlichkeit, so die Übersetzung in die Politikberatung. Mit gut zehnjähriger Verspätung tauchen diese ideologischen Versatzstücke nunmehr in der deutschen Unterschichtsdiskussion wieder auf. Nicht nur die Reichen, auch die Armen in Deutschland werden immer reicher, so Walter Wüllenweber vor zwei Jahren im Stern. (Stern, 52/2004) Die reale Spaltung verlaufe hier zu Lande nicht entlang wirtschaftlicher Linien, sondern „ist eine kulturelle Spaltung." Die Unterschicht, so Wüllenweber, „verliert die Kontrolle, beim Geld, beim Essen, beim Rauchen." Nicht etwa Armut macht krank: „Der schlechte Gesundheitszustand der Unterschicht ist keine Folge des Geldmangels, sondern des Mangels an Disziplin. Disziplinlosigkeit ist eines der Merkmale der neuen Unterschichtskultur."

Die Klagen über die Unkultur der Unterschicht repräsentieren auch den ewig gleichen überheblich-furchtsamen Blick des Bürgers auf das Proletariat, der Oberauf die Unterstadt und die Schmuddelkinder. Während die alte Arbeiterklasse sich an den bürgerlichen Werten orientierte und Goethe für den Inbegriff der Hochkultur gehalten habe, sei die heutige Unterschicht „bildungsfern". Sie setzt ihre Kinder vor die Glotze, liest nur noch Comics, spielt Gameboy und Video-Spiele und ernährt sich von Pommes, Hamburgern und Alkohol. Das alte Proletariat habe wenigstens noch Fußball gespielt, während heute nur noch abgehangen wird. Dabei hat sich auch die Freizeitgestaltung in den gediegenen Villenvierteln und schicken Eigentumswohnungen längst vom bürgerlichen Bildungsideal verabschiedet, mal abgesehen von der peinlichen Wiederkehr eines strunzspießigen Kulturbegriffs.

Von Kultur sprechen und von Geld schweigen

„Lassen Sie uns nicht über Kinderarmut, sondern lieber über die Erziehungsunfähigkeit der Eltern sprechen" - so lautete im Juni dieses Jahres der Ratschlag von Barbara Szabados, Bürgermeisterin in Halle, vorgetragen auf einer Konferenz zum Thema „Soziale Integration in Deutschland". Sie beschreibt damit den unmittelbaren Nutzen einer kulturalistischen Armutsdiskussion: Wenn das fehlende Geld nicht das Problem ist, dann ist damit der gesellschaftliche Skandal von materieller sozialer Ungleichheit genauso entsorgt wie die leidige Frage nach Verteilungsgerechtigkeit. Viele lästige Fragen haben sich damit erledigt: Wie teuer ist eigentlich ausreichender, gesunder Wohnraum? Wie teuer sind Bücher oder gesundes Essen? Wie teuer ist ein Platz in der Kita, und haben erwerbslose Eltern überhaupt einen Zugang? Welche Spiel- und Tobemöglichkeiten gibt es in den urbanen Armutsvierteln? Wie sieht dort das kulturelle Angebot aus? Wie teuer sind Kino, Konzerte, Theater?

Wenn „Disziplinlosigkeit" das Problem ist, dann muss der Unterschicht eben Disziplin beigebracht werden - durch Fördern und Fordern, durch Kontrollen, Eingliederungsvereinbarungen, Case Management und andere paternalistische Formen einer aktivierenden Sozialpolitik. Der Berliner Historiker Paul Nolte etwa fordert entsprechend ein „Ende der fürsorglichen Vernachlässigung". (Kommune, 18.8.03) Soziale Ausgleichzahlungen mit dem Ziel, bestimmten Gruppen eine ausreichende Fähigkeit zur Teilhabe am Konsum zu ermöglichen, seien „unzureichend". Notwendig sei eine „investive Sozialpolitik", die „kulturelle Aspekte" verfolge. Die Unterschicht müsse umerzogen werden, und Konsumverzicht sei dazu der erste Weg. Dabei beweist der bürgerliche Blick einen sehr feinsinnigen Klasseninstinkt: Dem Wirtschaftswissenschaftler nämlich, „den unberatene Immobilienkäufe arm gemacht haben", dem würde „ein Lottogewinn durchaus helfen". Nicht aber „Patrick, der von zu Hause und aus Therapien abhaute, der wegen Drogenhandels im Gefängnis saß". Dem „hilft vor allem seine bewundernswerte Selbstdisziplin - und sein Platz in der ‚Tages- und Abendschule Köln'". An dieser Stelle sei die kühne These gewagt, dass ein satter Sechser im Lotto dem Patrick auf jeden Fall nicht schaden würde. (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 1.10.06)

Ein solch bürgerlicher Blick auf die Unterschicht ist bis weit in die Wohlfahrtsverbände und Kirchen hineinen verbreitet. Das bürgerliche Individuum, so eine Denkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands zur „Armut in Deutschland", beruhe auf Bildung, auf Ansprüchen und „Zielperspektiven" für die eigene Person, auf einer „beständigen, sich selbst beherrschenden, selbstreflexiven und zielorientierten Persönlichkeitsform." Diese „inneren Kompetenzen" fehlen dem „Milieu der Armut" in überdurchschnittlichem Maße. Doch Trost ist in Sicht, denn „die Armen" haben auch Stärken: „Diese Stärken bestehen z.B. in der Spontaneität, der Fähigkeit zu Überleben, im Humor und in durchaus lustbetonten Gemeinschaftsformen. Erfahrungen gemeinsamen Feierns sind ganz wesentliche Punkte des Kontakts zu Armen und ihrer Anerkennung und Aktivierung." (1) So ähnlich haben weiße Kolonisatoren über „wilde Naturvölker" gesprochen, bevor sie sie getauft, „zivilisiert" und/oder ausgerottet haben.

Elmar Borg

Anmerkung:

1) Rat der EKD: Gerechte Teilhabe. Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität. Gütersloh 2006

Der Weg in den Holocaust

Peter Nowak 09.11.2006

Ein Hamburger Journalist leistet Pionierarbeit bei der Darstellung des Holocaust im Internet

Ungefähr 1.690.000 Seiten zeigt die Suchmaschine an, wenn man auf Google die deutschsprachigen Seiten des Begriffs Holocaust sucht. Da musste der Hamburger Journalist Knuth Mellenthin (1) sicher genau überlegen, warum er man trotzdem viel Zeit und Arbeit investierte, um die Webseite Holocaust Chronologie (2) zu konzipieren, die seit kurzem online ist.

15 Jahre Recherchearbeit von Mellenthin sind in die Chronologie eingeflossen. Wer erwarten würde, die Datierung begänne Ende der 30er Jahre, wird überrascht sein. Mellenthin eröffnet die Chronologie am 30.1.1933 mit Hitlers Ernennung zum Reichskanzler. Wie schnell die Entrechtung und Verfolgung der Juden begann, kann man hier gut nachvollziehen. Schon am 6.3.33, einen Tag nach den letzten Reichstagswahlen, kommt es auf Berlins Einkaufsmeile Kurfürstendamm zu ersten blutigen Übergriffen auf Juden.

Im Ausland werden die Vorkommnisse genau registriert. Am 7.3.33 beteuerte der rechtskonservative Vizekanzler Heinrich von Papen gegenüber der österreichischen Presse, die Juden würden wie andere Staatsbürger behandelt. Bis ins kleinste Detail rekonstruiert Mellenthin die Vorgeschichte des ersten reichsweit durchgeführten Boykotte jüdischer Geschäfte, Büros und Kanzleien am 1. April 1933. Zur Illustration der Ereignisse wird aus den Goebbels-Tagebüchern, dem Aufruf der NSDAP-Parteileitung, den Richtlinienerlass des hessischen Staatspräsidenten für die Presse sowie weiteren Erklärungen des für die Boykottaktionen verantwortlichen NSDAP-Funktionärs Julius Streicher zitiert. Durch einen Klick auf diesen Namen erhält der Interessierte im Glossar eine Kurzbiographie dieses NS-Funktionärs.

Personen der Zeitgeschichte, wichtige historische Ereignisse und für den Themenkomplex relevante Abkürzungen werden im Glossar in lexikalisch knapper Form erklärt. So wie die Vorgeschichte wird auch die Nachbetrachtung des ersten Boykotts mit Zitaten aus dem Goebbels-Tagebuch und der offiziellen Abbrucherklärung der Reichsregierung behandelt. In gleicher Weise wird der geschichtliche Weg nachgezeichnet, der über die zunehmende Entrechtung der Juden zur Reichspogromnacht am 9.11.1938, zu den Deportationen und schließlich zur Massenvernichtung führte. Die Chronologie schließt mit dem 8. Mai 1945, dem Tag der deutschen Kapitulation.

Die chronologische Darstellungsweise bietet den Vorteil, die Shoah eingebettet in einen historischen Kontext zu erfassen. Zwar behauptet auch Mellenthin nicht, dass mit Hitlers Kanzlerschaft der Weg nach Auschwitz unverrückbar vorgezeichnet war. Aber es wird deutlich, wie die historischen Weichen gestellt wurden.

Neben der Chronologie werden auf der Homepage weitere Texte veröffentlicht, die wichtige historische Debatten in der Holocaustforschung dokumentieren. Beispielhaft seien nur Goldhagens These vom eliminatorischen Antisemitismus der Deutschen (3) und die von Götz Aly und Susanne Heim angestoßene Debatte über die Ökonomie der Endlösung (4) erwähnt. Mellenthin betont, dass die Webseite noch eine Baustelle ist. Sie soll kontinuierlich erweitert und ergänzt werden.

Verweise

(1) http://www.knutmellenthin.de
(2) http://www.holocaust-chronologie.de/
(3) http://www.holocaust-chronologie.de/artikel/die-goldhagen-debatte.html
(4) http://www.holocaust-chronologie.de/artikel/oekonomie-und-politik-der-endloesung.html

Spannung steigt in Mexiko

Ralf Streck 19.11.2006 telepolis

Am Montag lässt sich der Kandidat der Linkskoalition Obrador als Gegenpräsident einsetzen. Die offizielle Vereidigung des knappen Wahlgewinners Calderón als Regierungspräsident soll verhindert werden

Es ist scheinbar still geworden um den umstrittenen Wahlausgang in Mexiko. Der Blick richtete sich derweil eher auf die Versuche der Zentralregierung den Widerstand der Streikbewegung im Bundesstaat Oaxaca gewaltsam zu brechen. Doch am 20. November, dem Jahrestag der Revolution von 1910, lässt sich der Kandidat der Linkskoalition Andrés Manuel López Obrador (AMLO (1)) in der Hauptstadt zum „legitimen Präsidenten" ausrufen. Er hat seine Anhänger auch dazu aufgerufen, die offizielle Vereidigung des Konservativen Felipe Calderón zum Regierungschef am 1. Dezember zu verhindern. Die brutalen Einsätze, die der Noch-Präsident Vicente Fox im Bundesstaat Oaxaca befohlen hat, erreichten ihr Ziel nicht. Sie führten eher dazu, den Widerstand zu einen. So stützt nun die Linkskoalition den Widerstand in Oaxaca und dort beteiligt man sich mit einer Delegation an der Ernennung von Obrador.

Am 20. November, dem 96. Jahrestag der mexikanischen Revolution, wird es wieder eine der großen Kundgebungen geben, wie sie die mexikanische Hauptstadt seit den Wahlen vom 2. Juli etliche gesehen hat. Erneut machen die Anhänger der Linkskoalition „Für das Wohl aller" mobil, hinter der federführend die „Partei der Demokratischen Revolution" (PRD (2)) steht. Sie demonstrieren nicht nur gegen den behaupteten „Wahlbetrug" (Calderón auf dem Weg zum Präsidentenamt in Mexiko (3)), sondern setzen dann ihren Kandidaten öffentlich zum Gegenpräsidenten ein. Das geschieht, bevor der mit knapper Mehrheit offiziell zum Wahlsieger ernannte Calderón am 1. Dezember das Amt vom Vorgänger und Parteifreund Fox übertragen bekommt.

Dieses Vorgehen wurde von einem „Nationalen Demokratische Konvent" Mitte September auf dem zentralen Platz in Mexiko beschlossen. Auf und um dem „Zócalo" herum hatten sich mehr als eine Million Menschen versammelt (4), um per Handzeichen Obrador ihre Unterstützung zur Bildung einer „parallelen Übergangsregierung" zu versichern. Nun nimmt die linke Opposition den massiven Widerstand gegen den von zahlreichen Anomalien (5) begleiteten Wahlsieg von Calderóns „Partei der Nationalen Aktion" (PAN (6)) wieder auf.

„Es ist keine symbolische Regierung", bekräftigte Obrador, der sich auch gegen den Begriff Schattenkabinett wandte, zu dem er sechs Frauen und sechs Männer ernannt hat. Es sind vorwiegend Vertraute, mit denen er bis 2005 die Hauptstadt als Bürgermeister regierte. Es werde eine aktive Regierung sein, „um die gerechtfertigten Angelegenheiten der mexikanischen Bevölkerung und ihre nationalen Besitztümer zu verteidigen", kündigte (7) er an.

Doch bei der Einsetzung der Gegenregierung soll es nicht bleiben. Die Führung der PRD hat Calderón aufgefordert (8), davon Abstand zu nehmen, das Amt am 1. Dezember von Fox zu übernehmen. Bei der Aufforderung können es die Gegner von Calderón aber nicht belassen, wenn sie selbst Anspruch auf die Regierung anmelden. Die Führung der PRD hat auf einem Treffen nun die Entscheidung bestätigt (9), die Amtseinführung Calderóns zu verhindern.

Geplant ist, „die gesamte Energie der Bewegung" in Widerstandstagen zwischen dem 20. November und dem 1. Dezember zu bündeln, um die „Usurpation" der Macht zu verhindern. Proteste soll es im und um das Parlaments von San Lázaro herum geben. Darin hat die PRD Übung. Im September verhinderte (10) sie, dass Präsident Fox seinen Rechenschaftsbericht im Parlament ablegen konnte.

Die verschiedensten Modelle werden nun diskutiert, wie Calderón trotz der Proteste Präsident werden kann. Die Unternehmensvereinigung (CCE (11)) würde das Problem gerne polizeilich lösen. Die Blockade der Amtsübernahme dürfe nicht hingenommen werden, sagte (12) der CCE-Präsident José Luis Barraza. Gegen die Proteste müsse das ganze Gewicht des Gesetzes zum Einsatz kommen: „Wir lehnen es ab, dass weiterhin Gruppen auf dem Weg der Anarchie und gegen die Institutionen wandeln und dürfen das natürlich nicht erlauben". Barraza ist auch dagegen, den Ort der Zeremonie zu verlegen, was als Alternative überlegt wird. Das verbiete die Verfassung, wonach die Vereidigung vor dem Kongress zu geschehen habe, erklärte er und fügte an, die Mexikaner dürften sich nicht denen beugen, welche eine „Ungewissheit" erzeugen wollten.

Der Einsatz der Polizei und des Militärs gegen Hunderttausende in der Hauptstadt könnte die Lage eskalieren, denn bisher blieben die Proteste hier weitgehend friedlich. Gescheitert ist dagegen der Versuch, die Widerstandsbewegung im Bundesstaat Oaxaca polizeilich-militärisch zu zerschlagen (Blutige Lösung in Mexiko (13)). Die gleichnamige Hauptstadt wurde seit Juni weitgehend von der „Volksversammlung der Völker Oaxacas" (APPO (14)) kontrolliert. Der Konflikt hatte sich am Streik der Lehrergewerkschaft entwickelt. Die tödlichen Angriffe auf streikende Lehrer (15) hatten erst dazu geführt, dass sich immer breitere Kreise der Bevölkerung dem Widerstand angeschlossen haben und den Rücktritt von Gouverneur Ulises Ruiz Ortiz von der „Partei der Institutionellen Revolution" (PRI (16)) fordern. Die ehemalige Staatspartei regierte Mexiko bis 2000 rund 71 Jahre lang mehr oder weniger autokratisch, Oaxaca bis heute.

In Oaxaca gehen die Proteste weiter

Die Zentralregierung unter Fox sprang Ende Oktober dem in Not geratenen Autokraten bei und schickte paramilitärische Einheiten. Obwohl die Stadt nun von ihnen militärisch besetzt ist, führen die

Spannung steigt in Mexiko

Aufständischen ihre Proteste (17) fort. Die Kontrolle über die Universität haben die Sicherheitskräfte noch immer nicht. Der brutale Angriff auf das Radio Universitario (18) wurde Anfang des Monats abgewehrt (19).

Nun setzt die Zentralregierung offenbar wieder auf eine friedliche Lösung dieses sozialen Konfliktes, den sie sonst nur über ein Massaker im PRI-Stil der 1960er Jahre (20) in den Griff kriegen könnte. Dass bei einem Konflikt, bei dem es ursprünglich um bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung ging, bisher siebzehn Menschen ihr Leben verloren haben, hat den Widerstand nicht gebrochen. Die meisten der Toten waren Aktivisten der Volksversammlung, die von paramilitärischen PRI-Gruppen ermordet worden seien, erklärten Menschenrechtsorganisationen. Sie sprechen von etwa 60 verhafteten Menschen, deren Verbleib weiter unbekannt ist.

So gibt die Zentralregierung nach der gescheiterten Intervention die Verantwortung wieder an Gouverneur in Oaxaca ab. Er solle beweisen, dass er den Bundesstaat regieren kann oder sein Amt abgeben, forderte ihn das Bundesinnenministerium derweil auf. Die Bundesregierung drohte ihm, in absehbarer Zeit die Polizeikräfte wieder abzuziehen. Damit ist klar, dass Noch-Präsident Fox mit dem Ansinnen scheiterte, seinem Parteifreund Calderón das Problem Oaxaca noch vor der Amtsübergabe vom Hals zu schaffen. Damit sollte verhindert werden, dass sich Calderón schnell die Hände schmutzig machen muss. Das geschah auch im Hinblick darauf, dass eine Regierung unter Calderón die PRI im Parlament als Mehrheitsbeschaffer braucht, weil die PAN keine eigene Mehrheit hat.

Doch erreicht hat Fox mit seinem Vorgehen nur, dass sich die Widerstandsbewegungen in Oaxaca und die gegen die Amtseinführung von Calderón nun auf einander zu bewegt haben und sich gegenseitig unterstützen. Tausende demonstrierten auch in Hauptstadt gegen die Angriffe in Oaxaca. Am Montag wird eine Abordnung der APPO an der Einsetzung der Gegenregierung von Obrador in der Hauptstadt teilnehmen und dessen linksliberale PRD beteiligt sich nun auch offiziell an der Volksversammlung in Oaxaca.

Die APPO hat vergangene Woche einen wichtigen Schritt getan. Knapp 1000 Vertreter von Gewerkschaften, indigener und sozialer Organisationen, welche die Volksbewegung bisher getragen haben, trafen (21) sich in Oaxaca zu einem konstituierenden Kongress. Dabei wurde ein Nationaler Rat gegründet, an dem sich 260 Organisationen beteiligen. Der soll die Volksversammlung in eine politische Organisation überführen. Der Kongress hat auch beschlossen, die Proteste wieder zu verstärken und erneut Blockaden der Stadt durchzuführen. So ist auch in Oaxaca mit einer Zuspitzung der Lage zwischen dem 20. November und dem 1. Dezember zu rechnen. Vergangene Woche haben tausende Menschen dort verhindert, dass der Gouverneur dem Regionalparlament Berichte erstattet. Ab dem 25. November soll die historische Altstadt von Oaxaca belagert werden, um es den Bundestruppen (PFP) unmöglich zu machen „hinein oder heraus zu kommen". Damit soll der Abzug der PFP erzwungen und weiter Druck für den Rücktritt von Ruiz Ortiz gemacht werden. Der aber stellt sich weiter stur und machte erneut sein eigentümliches Verständnis von Demokratie deutlich: „Nur Gott setzt Gouverneure ein oder ab", sagte (22) er.

Widerstand ganz anderer Art gegen die Politik der Regierung manifestierten Guerillagruppen am 6. November in der Hauptstadt. Von den drei Bombenanschlägen distanzierte sich die APPO genauso wie die PRD. Fünf Guerillagruppen haben sich zu den untereinander koordinierten Anschlägen auf das oberste Wahlgericht, den Hauptsitz der PRI und in einer kanadischen Bank bekannt und sie auch mit der Repression in Oaxaca begründet. Insgesamt waren acht Bomben gelegt worden, von denen fünf gefunden und entschärft wurden. Angekündigt wurden weitere Aktionen gegen insgesamt 40 multinationale Unternehmen und Institutionen, die „den Staatsbetrug" finanziert und durchgeführt hätten und hinter der „institutionalisierten neoliberalen Gewalt" stünden, die auf dem Volk von Mexiko laste.

Links

(1) http://www.amlo.org.mx
(2) http://www.prd.org.mx/
(3) http://www.heise.de/tp/r4/artikel/23/23469/1.html
(4) http://www.heise.de/tp/r4/artikel/23/23577/1.html
(5) http://www.heise.de/tp/r4/artikel/23/23336/1.html
(6) http://www.pan.org.mx
(7) http://www.jornada.unam.mx/2006/11/17index.php?section=politica&article=013n1pol
(8) http://www.jornada.unam.mx/2006/1116/index.php?section=politica&article=003n1pol
(9) http://www.jornada.unam.mx/2006/11/12/index.php?section=politica&article= 010n2pol
(10) http://www.heise.de/tp/r4/artikel/23/23469/1.html
(11) http://www.cce.org.mx
(12) http://www.jornada.unam.mx/2006/11/16/index.php?section=politica&article= 015n1pol
(13) http://www.heise.de/tp/r4/artikel/23/23854/1.html
(14) http://www.asambleapopularde oaxaca.com
(15) http://www.heise.de/tp/r4/artikel/23/23414/1.html
(16) http://www.pri.org.mx
(17) http://www.heise.de/tp/r4/artikel/23/23874/1.html
(18) http://67.15.192.20:8010/listen.pls
(19) http://www.heise.de/tp/r4/artikel/23/23900/1.html
(20) http://www.heise.de/tp/r4/artikel/20/20699/1.html
(21) http://www.jornada.unam.mx/2006/11/14/index.php?section=politica&article= 008n1pol
(22) http://www.jornada.unam.mx/2006/11/18/index.php?section=politica&article=013n1pol

aus der Rubrik: was wir schon immer wussten

wozu wir aber immer wieder bei indymedia etwas finden A. C. A. B.

Ein kürzlich in der Berliner Zeitung erschienener Artikel über braune Tendenzen in einer Einheit der Berliner Bereitschaftspolizei Schöneweide bestätigt die Vorurteile gegenüber der Berliner Polizei bezüglich ihrer Sympathie für die Nazis, da diese Einheit, die sich relativ offen zum NS bekannte, erst aufgefallen ist, als sie sich auf einer Fortbildung in Essen befanden. Die Kariere der Einheit ist haarsträubend: hatten sie sich doch die Namen germanischer Götter auf ihre Schlagstöcke graviert und innerhalb der Einheit Landser CDs in Umlauf gebracht. Der Zugführer dieser Einheit, die bei Einsätzen im Einheitslook Nazi-Kleidung unter ihrer Uniform trugen, ist nun suspendiert worden. Die Einheit ist weiterhin im Dienst. Sie waren 2005 in Halbe im Einsatz.
Am 26.10. wurde bekannt, dass der Anführer einer Einheit der Bereitschaftspolizei Schöneweide in seiner Einheit Nazipropaganda verteilt hatte und dass sich die Einheit zum Nationalsozialismus bekannte. Sie trugen sie bei ihren Einsätzen Nazi-Kleidungsstücke unter der Uniform und hatten die Namen germanischer Götter auf ihre Schlagstöcke graviert. Der Anführer dieser Einheit wurde nun vom Dienst suspendiert.

Es war schon lange bekannt, dass sich viele Beamte der Berliner Polizei eher mit den Rechten als mit der Antifa identifiziert. Es war auch schon lange bekannt, dass die Berliner Polizei mit Vorliebe gewalttätig gegen Linke vorgeht. Allein im letzten Jahr wurden etliche Demonstrationen in Berlin aufgrund nichtiger Umstände von der Polizei angegriffen. Die Große Sozialprotestdemo am 3. Juni 2006, eine Kreuzberger-Antifa-Demo im Dezember 2005, die Proteste gegen den Großen Zapfenstreich oder die Silvio-Meier-Demo 2005 sind nur einige Beispiele, wo die Polizei mit äußerster Brutalität gegen Demonstranten vorging. Auch Beleidigungen und Nazi-Äußerungen gegenüber Antifas sind keine Seltenheit.

Viele haben versucht, das gewalttätige Vorgehen der Polizei und Nazi-Tendenzen aufzuarbeiten und die Schuldigen dafür zu bestrafen. In der Gesellschaft wurde das meistens als eine linke Verschwörungstheorie abgestempelt. Wie aus dem unten zitierten Artikel zu entnehmen ist, werden Nazis in Polizeiuniform in Berlin geduldet, erst bei einer Fortbildung in Essen fiel die Einheit aus Schöneweide auf, und es kam zu einer Untersuchung.

Der folgende Artikel ist ein Beweis dafür, dass Faschismus und Nationalsozialismus in manchen Einheiten in Berlin ein verbreitetes und akzeptiertes Gedankengut sind.

Artikel aus der Berliner Zeitung vom 26.10.2006

Rechtsextremisten in Polizeiuniform

Beamte nutzten Symbole und Lieder der Szene / Gericht bestätigt fristlose Entlassung
Thomas Rogalla

Beim jährlichen Neonazi-Aufmarsch auf dem Schlachtfeld in Halbe fiel die militärisch formierte Gruppe am Rande kaum auf: Sie trug Skinhead-Frisuren und unter den Uniformen T-Shirts, die vorn den Bundesadler und hinten gekreuzte Schlagstöcke mit einem zähnefletschenden Hundekopf zeigten. Zum Wechseln hatten die Uniformierten Hemden mit dem Aufdruck „Unsere Heimat, unsere Liebe, unser Stolz“ dabei. In den Händen trugen sie Schlagstöcke mit den Namen nordischer Götter, ein Anführer hatte für seinen Stock „Odin“ gewählt.
Die Männer gehörten nicht zur NPD. Es waren Polizisten aus Berlin, Angehörige der „Mobilen Kontroll- und Überwachungseinheit“ (MKÜ) der Bundespolizei in Schöneweide. Die meisten von ihnen tun weiter Dienst, bis auf zwei

Beamtenanwärter, die das Bundespolizeipräsidium Ost in Berlin Ende 2005 wegen Verbreitung rechtsradikalen Gedankenguts aus dem Dienst warf. Der 26-jährige Beamtenanwärter Björn S. klagte dagegen vor dem Berliner Verwaltungsgericht, das die Entlassung jedoch gestern im einstweiligen Rechtsschutzverfahren bestätigte.

Björn S. wurde vorgeworfen, dass er zwei CDs mit Programmen des rechtsradikalen „Radio Wolfsschanze“ aus dem Internet gebrannt und unter Kollegen weitergereicht hatte. Außerdem hatte er nach eigenem Eingeständnis eine Kollegin lange Zeit sexuell belästigt, was er bedauerte. Dem Gericht reichte der erste Punkt als Kündigungsgrund aus. Mindestens so sehr wie für das individuelle Dienstvergehen des Entlassenen interessierten sich die Richter für die Frage, wie sich in Teilen der Berliner Bundespolizei öffentlich zur Schau getragenes rechtsextremes Verhalten mit Billigung von Vorgesetzten ausbreiten konnte. Ein ums andere Mal fragte der Vorsitzende der 7. Kammer, Johann Weber, die Prozessvertreter der Bundespolizei, warum niemand an der nazi-mäßigen Uniformierung eines ganzes Zuges Anstoß genommen habe, und warum es in Berlin keine Sensibilität gegen rechte Umtriebe gebe.

Der gestern anwesende MKÜ-Zugführer, der auf seinen Schlagstock „Odin“ gemalt hatte, reagierte mit Schulterzucken auf die Frage, welche Gesinnung der Zug denn damit zum Ausdruck bringen wollte. Seine Berliner Dienststelle hat ihn danach offenbar nie gefragt. Diese wurde erst mit Ermittlungen aktiv, nachdem sich aufmerksame Kollegen des Bundespolizeipräsidiums West in Essen nach einer gemeinsamen Fortbildungsveranstaltung in Berchtesgaden im März 2004 über rechtsextremes Auftreten der MKÜ von Björn S. beschwert hatten. Den Essener Kollegen war unter anderem aufgefallen, dass der Berliner Zug „an die Verhaltensweise der rechtsradikalen Szene erinnert“. Die Berliner trügen Skinhead-Frisuren, Tarnhosen und T-Shirts mit Frakturschrift, die man nur von der NPD kenne, außerdem hätten sie in Berchtesgaden rechtsextreme Lieder gesungen.

So stieß die Berliner Dienststelle auch auf die CDs von Björn S. von „Radio Wolfsschanze“. Sie enthielten unter anderem antisemitische Lieder. In einem wird offen über den Tod des ehemaligen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Deutschlands frohlockt: . „am Tag als Ignaz Bubis starb . wir pissen auf dein Judengrab“. Der Vorsitzende Richter glaubte Björn S.s Darstellung nicht, er habe „Radio Wolfsschanze“ für „Deutschrock“ gehalten.
Offen blieb, was es mit den anderen Mitgliedern der MKÜ auf sich hat, die in Berchtesgaden bei einer Art Andacht einem Deckenbalken des 1937 errichteten Nazibaus huldigten. Auf diesem weist eine Schrift auf das „tausendjährige Reich“ hin. Das ergaben die Ermittlungen der Bundespolizei Berlin. Man sei ja tätig geworden, betonte der zuständige Inspektionsleiter Thomas Hoffmann gestern. Er räumte ein, die Einheit gebe „äußerlich tatsächlich ein unansehnliches Bild ab“. Äußerungen der weiter in der MKÜ dienenden Polizisten, die auf weiteres rechtes Gesinnungspotenzial schließen ließen, seien ihm aber nicht bekannt. Der Personalrat des Berliner Präsidiums sieht das ausweislich der Akten anders. Er hatte 2005 empfohlen, die offenbar braun durchwirkte MKÜ aufzulösen.

REGELMAESSIGES

TERMINE